H 13614

Gesetz- und Verordnungsblatt

für das Land Hessen

2014	Ausgegeben zu Wiesbaden am 4. November 2014	Nr. 19

Tag	Inhalt	Seite
27. 10. 14	Achte Verordnung zur Änderung verwaltungskostenrechtlicher Vorschriften..... *Ändert FFN 305-65, 305-69, 305-70, 305-72*	250
29. 10. 14	Verordnung zur Neufassung der Delegations- und Zuständigkeitsverordnung Landwirtschaft, Forsten und Naturschutz und zur Änderung der Verordnung über Zuständigkeiten nach dem Hessischen Glücksspielgesetz ..... *FFN 800-62; hebt auf FFN 800-46; ändert FFN 316-35*	255

Achte Verordnung zur Änderung verwaltungskostenrechtlicher Vorschriften

Vom 27. Oktober 2014

Aufgrund des § 2 Abs. 1 Satz 1 des Hessischen Verwaltungskostengesetzes in der Fassung vom 12. Januar 2004 (GVBl. I S. 36), zuletzt geändert durch Gesetz vom 13. Dezember 2012 (GVBl. S. 622), verordnet die Landesregierung:

Artikel 1[1])

Änderung der Verwaltungskostenordnung für den Geschäftsbereich des Ministeriums für Umwelt, Energie, Landwirtschaft und Verbraucherschutz

Die Verwaltungskostenordnung für den Geschäftsbereich des Ministeriums für Umwelt, Energie, Landwirtschaft und Verbraucherschutz vom 8. Dezember 2009 (GVBl. I S. 522), zuletzt geändert durch Verordnung vom 28. November 2013 (GVBl. S. 652), wird wie folgt geändert:

1. Die Überschrift wird wie folgt gefasst:

„Verwaltungskostenordnung für den Geschäftsbereich des Ministeriums für Umwelt, Klimaschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz (VwKostO-MUKLV)“

2. In § 1 wird das Wort „Energie“ durch „Klimaschutz“ ersetzt.
3. Die Anlage zu § 1 wird wie folgt geändert:
   a) Die Übersicht zum Verwaltungskostenverzeichnis wird wie folgt geändert:
      aa) Die Angabe „Energie, Klimaschutz 6“ wird gestrichen.
      bb) Die Angabe „Förderung erneuerbarer Energien im Wärmebereich 63“ wird gestrichen.
      cc) Nach der Angabe „Klärschlammverordnung 36“ wird die Angabe „Klimaschutz 61“ eingefügt.
      dd) Die Angabe „Vorrang erneuerbarer Energien 62“ wird gestrichen.
      ee) Die Angabe „Wohnungswesen 62“ wird angefügt.
   b) In Nr. 6 werden in Spalte 2 die Wörter „Energie, Klimaschutz“ durch „Klimaschutz, Wohnungswesen“ ersetzt.
   c) Die Nr. 62 bis 632 werden durch die folgenden Nr. 62 bis 6227 ersetzt:

Nr.	Gegenstand	Bemessungs-grundlage	Gebühr EUR
1	2	3	4
62	**Wohnungswesen**		
621	Entscheidung über nach der Bewilligung von Förderungsmitteln gestellte Anträge, die nicht die Auszahlung oder den Leistungseinzug betreffen, insbesondere Genehmigungen nach den Vorschriften der Neubaumietenverordnung 1970 und der Zweiten Berechnungsverordnung		10 bis 130
622	Entscheidungen, Bestätigungen und Auskünfte nach dem Hessischen Wohnungsbindungsgesetz (HWoBindG) und dem Hessischen Wohnraumfördergesetz (HWoFG)		
6221	Erteilen des Wohnberechtigungsscheins (§ 5 HWoBindG, § 17 Abs. 1 HWoFG)		kostenfrei
6222	Erteilen einer Auskunft (§ 8 Abs. 4 Satz 2 HWoBindG, § 15 Abs. 2 Satz 3 HWoFG)		kostenfrei

[1]) Ändert FFN 305-65

Nr.	Gegenstand	Bemessungs-grundlage	Gebühr EUR
1	2	3	4
6223	Erteilen einer Bestätigung (§ 18 Abs. 1 Satz 1 und Abs. 2 Satz 1 HWoBindG oder § 19 Abs. 4 HWoFG)		30
6224	Auskunft über die vollständige Rückzahlung von Fördermitteln		
62241	für Zwecke des § 18 Abs. 1 HWoBindG oder des § 19 Abs. 4 HWoFG durch die Gemeinde		kostenfrei
62242	für sonstige Zwecke		10 bis 30
6225	Entscheidungen über Anträge auf Freistellungen für		
62251	Wohnungen bestimmter Art und in bestimmten Gebieten (§ 7 Abs. 1 HWoBindG, § 20 Abs. 2 HWoFG)		1 000
62252	eine einzelne Wohnung (§ 7 Abs. 1 HWoBindG, § 20 Abs. 1 HWoFG)	je Wohnung	100
6226	Vereinbarung zur Übertragung von Belegungs- und Mietbindungen (§ 7 Abs. 2 HWoBindG, § 22 Abs. 1 und 3 HWoFG)	je Wohnung	100 bis 250
6227	Jede andere Entscheidung nach dem HWoBindG oder HWoFG		15 bis 30

Artikel 2[2])

Änderung der Verwaltungskostenordnung für den Geschäftsbereich des Ministeriums für Wirtschaft, Energie, Verkehr und Landesentwicklung

Die Anlage zu § 1 der Verwaltungskostenordnung für den Geschäftsbereich des Ministeriums für Wirtschaft, Energie, Verkehr und Landesentwicklung vom 19. November 2012 (GVBl. S. 484, 2013 S. 44), zuletzt geändert durch Verordnung vom 19. Mai 2014 (GVBl. S. 122), wird wie folgt geändert:

1. Die Übersicht zum Verwaltungskostenverzeichnis wird wie folgt geändert:
   a) Nach der Angabe „Amtshandlungen nach dem Energiewirtschaftsgesetz (EnWG) 161“ werden die Angaben „Amtshandlungen nach dem Erneuerbare-Energien-Gesetz 166“ und „Amtshandlungen nach dem Erneuerbare-Energien-Wärmegesetz 167“ eingefügt.
   b) Die Angabe „Amtshandlungen der Verordnung über Allgemeine Bedingungen für die Versorgung mit Fernwärme (AVBFernwärmeV) 164“ wird durch die Angaben „Amtshandlungen nach der Verordnung über Allgemeine Bedingungen für die Versorgung mit Fernwärme (AVBFernwärmeV) 164“ und „Amtshandlungen nach der Verordnung über die Sperrzeit 25“ ersetzt.
   c) In der Angabe „Bauen und Wohnen 6“ werden die Wörter „und Wohnen“ gestrichen.
   d) Die Angabe „Waffenhandel 225“ wird gestrichen.
   e) Die Angabe „Wohnungswesen 68“ wird gestrichen.
2. Nach Nr. 165 werden als Nr. 166 bis 1672 eingefügt:

Nr.	Gegenstand	Bemessungs-grundlage	Gebühr EUR
1	2	3	4
166	**Amtshandlungen nach dem Erneuerbare-Energien-Gesetz**		
1661	Bescheinigung nach § 27 Abs. 5 Satz 1 oder nach § 66 Abs. 1 Nr. 4a des Erneuerbare-Energien-Gesetzes in der am 31. Dezember 2011 geltenden Fassung		150

[2]) Ändert FFN 305-69

Nr.	Gegenstand	Bemessungs-grundlage	Gebühr EUR
1	2	3	4
167	**Amtshandlungen nach dem Erneuerbare-Energien-Wärmegesetz**		
1671	Anforderung oder Prüfung von Nachweisen nach § 10 Abs. 1 Satz 1, Abs. 2 Nr. 1 Buchst. a und b Doppelbuchst. bb, Nr. 2 Buchst. b und Abs. 3 Satz 1 Nr. 1 oder einer Anzeige nach § 10 Abs. 4 Satz 1	nach Zeitaufwand	
1672	Befreiung nach § 9 Abs. 1 Nr. 2	nach Zeitaufwand	

3. In Nr. 2 werden in Spalte 2 nach der Angabe „(HGastG)“ das Komma und die Angabe „dem Waffengesetz (WaffG) und der Allgemeinen Waffengesetz-Verordnung (AWaffV)“ durch die Wörter „und der Verordnung über die Sperrzeit“ ersetzt.
4. Die Nr. 225 bis 2258 werden durch die folgenden Nr. 225 bis 2253 ersetzt:

Nr.	Gegenstand	Bemessungs-grundlage	Gebühr EUR
1	2	3	4
225	**Amtshandlungen nach der Verordnung über die Sperrzeit**		
2251	Aufhebung der Sperrzeit für ein Gaststättengewerbe oder eine öffentliche Vergnügungsstätte nach § 4	nach Zeitaufwand	höchstens 1 650
2252	Vorverlegung des Beginns oder Hinausschieben des Endes der Sperrzeit für ein Gaststättengewerbe oder eine öffentliche Vergnügungsstätte nach § 4	je Anordnung	112
2253	Festsetzung allgemeiner Ausnahmen nach § 3		gebührenfrei

5. In Nr. 6 werden in Spalte 2 die Wörter „und Wohnen“ gestrichen.
6. In Nr. 6522 wird Spalte 2 wie folgt geändert:
   a) Satz 4 wird wie folgt gefasst:

      „Hiernach ist der Rohbau fertiggestellt, wenn die tragenden Teile, die Schornsteine, die Brandwände und die Dachkonstruktion vollendet sind.“

   b) Satz 7 wird wie folgt gefasst:

      „Zu den tatsächlichen Rohbaukosten gehört auch die Umsatzsteuer.“
7. Nach Nr. 6482 wird als neue Nr. 6483 eingefügt:

Nr.	Gegenstand	Bemessungs-grundlage	Gebühr EUR
1	2	3	4
6483	Abgeschlossenheitsbescheinigung nach dem Wohnungseigentumsgesetz	je Wohnungs- oder Teileigentum	65 bis 325

8. Die Nr. 68 bis 683 werden aufgehoben.
9. Die Staffel A1 der Anlage 3 zum Verwaltungskostenverzeichnis Nr. 84 wird wie folgt geändert:
   a) In der Überschrift zur Tabelle 2 wird die Angabe „12 bis 16“ durch „13 bis 17“ ersetzt.
   b) In der Überschrift zur Tabelle 3 wird die Angabe „11 sowie 17 und 18“ durch „12 sowie 18 und 19“ ersetzt.
   c) Der Wortlaut nach Tabelle 3 wird wie folgt geändert:

aa) In Satz 6 wird die Angabe „15“ durch „16“ ersetzt.

bb) In Satz 7 wird die Angabe „16“ durch „17“ ersetzt.

Artikel 3[3])

Änderung der Verwaltungskostenordnung für den Geschäftsbereich des Ministeriums des Innern und für Sport

Die Anlage zu § 1 der Verwaltungskostenordnung für den Geschäftsbereich des Ministeriums des Innern und für Sport vom 7. Juni 2013 (GVBl. S. 410) wird wie folgt geändert:

1. Die Übersicht zum Verwaltungskostenverzeichnis wird wie folgt geändert:
   a) Die Angabe „Sperrzeit 44“ wird gestrichen.
   b) Nach der Angabe „Waffenbesitzkarte 711“ wird die Angabe „Waffenhandel 717“ eingefügt.
2. Die Nr. 44 bis 443 werden aufgehoben.
3. In Nr. 71 werden in Spalte 2 ein Komma und das Wort „Waffenhandel“ angefügt.
4. Nach Nr. 7163 werden als Nr. 717 bis 7178 eingefügt:

Nr.	Gegenstand	Bemessungs-grundlage	Gebühr EUR
1	2	3	4
717	Waffenhandel		
7171	Erlaubnis zur Herstellung, Bearbeitung oder Instandsetzung von Schusswaffen oder Munition (Waffenherstellungserlaubnis nach § 21 Abs. 1 Satz 1 WaffG)	nach Zeitaufwand	
7172	Erlaubnis zum Handel mit Schusswaffen oder Munition (Waffenhandelserlaubnis nach § 21 Abs. 1 Satz 1 WaffG)	nach Zeitaufwand	
7173	Stellvertretererlaubnis (§ 21a i. V. m. § 21 Abs. 1 WaffG)	nach Zeitaufwand	
7174	Bewilligung von Fristverlängerungen (§ 21 Abs. 5 Satz 2 WaffG)	nach Zeitaufwand	
7175	Zulassung von Ausnahmen von den Handelsverboten (§ 35 Abs. 3 Satz 2 WaffG)	nach Zeitaufwand	
7176	Amtshandlungen zur Wahrnehmung der Auskunfts- und Nachschaurechte nach § 39 Abs. 1 und 2 WaffG sowie Anordnungen nach § 39 Abs. 3 WaffG	nach Zeitaufwand	
7177	Abstempeln der Karteiblätter von Waffenherstellungs- und Waffenhandelsbüchern und Bestätigung der Gesamtzahl (§ 17 Abs. 2 Satz 2 AWaffV)	nach Zeitaufwand	
7178	Zulassen von Ausnahmen bei Führung der Waffenbücher in elektronischer Form (§ 20 Abs. 4 AWaffV)	nach Zeitaufwand	

Artikel 4[4])

Änderung der Verwaltungskostenordnung für den Geschäftsbereich des Ministeriums für Wissenschaft und Kunst

Die Anlage der Verwaltungskostenordnung für den Geschäftsbereich des Ministeriums für Wissenschaft und Kunst vom 19. Dezember 2013 (GVBl. 2014 S. 2) wird wie folgt geändert:

1. In Nr. 441 wird in Spalte 2 das Wort „Arbeitskopien“ durch „Archivgut“ ersetzt.
2. In Nr. 442 wird in Spalte 2 das Wort „Microfiches“ durch „Mikrofiches“ ersetzt.

[3]) Ändert FFN 305-70
[4]) Ändert FFN 305-72

Artikel 5

Inkrafttreten

Diese Verordnung tritt am 14. Tage nach der Verkündung in Kraft.

Wiesbaden, den 27. Oktober 2014

Hessische Landesregierung

Der Ministerpräsident
Bouffier

Der Minister
für Wirtschaft, Energie,
Verkehr und
Landesentwicklung
Al-Wazir

Der Minister
des Innern und für Sport
Beuth

Der Minister der Finanzen
Dr. Schäfer

Der Minister
für Wissenschaft und Kunst
Rhein

Die Ministerin
für Umwelt, Klimaschutz,
Landwirtschaft und
Verbraucherschutz
Hinz

Verordnung zur Neufassung der Delegations- und Zuständigkeitsverordnung Landwirtschaft, Forsten und Naturschutz und zur Änderung der Verordnung über Zuständigkeiten nach dem Hessischen Glücksspielgesetz

Vom 29. Oktober 2014

Artikel 1[1])

Verordnung zur Übertragung von Befugnissen der Landesregierung zum Erlass von Rechtsverordnungen und zur Bestimmung von Zuständigkeiten in den Bereichen Landwirtschaft, Forsten und Naturschutz (Delegations- und Zuständigkeitsverordnung Landwirtschaft, Forsten und Naturschutz – LFNDZustV)

Aufgrund des

1. § 6 Abs. 3 Satz 2, § 9 Abs. 7 Satz 2, § 10 Satz 3, § 14 Abs. 4 Satz 2, § 16 Abs. 5 Satz 3, § 24 Abs. 1 Satz 3 und § 29 Abs. 2 Satz 2 des Pflanzenschutzgesetzes in der Fassung vom 6. Februar 2012 (BGBl. I S. 148, 1281), zuletzt geändert durch Gesetz vom 7. August 2013 (BGBl. I S. 3154),
2. § 10 Abs. 2, § 20 Abs. 2 Satz 1 und § 22 Abs. 1 Satz 6 des Milch- und Fettgesetzes in der im Bundesgesetzblatt Teil III, Gliederungsnummer 7842-1, veröffentlichten bereinigten Fassung, zuletzt geändert durch Verordnung vom 31. Oktober 2006 (BGBl. I S. 2407),
3. § 7 Satz 2 des Milch- und Margarinegesetzes vom 25. Juli 1990 (BGBl. I S. 1471), zuletzt geändert durch Gesetz vom 20. April 2013 (BGBl. I S. 917),
4. § 27 Abs. 3 in Verbindung mit § 8 Abs. 3 und § 18 Abs. 2 des Tierzuchtgesetzes vom 21. Dezember 2006 (BGBl. I S. 3294), zuletzt geändert durch Gesetz vom 22. Dezember 2011 (BGBl. I S. 3044),
5. § 5 Abs. 4 Satz 2 des Direktzahlungen-Verpflichtungengesetzes in der Fassung vom 28. April 2010 (BGBl. I S. 588), zuletzt geändert durch Gesetz vom 22. Dezember 2011 (BGBl. I S. 3044),
6. § 155 Abs. 3 der Gewerbeordnung in der Fassung vom 22. Februar 1999 (BGBl. I S. 202), zuletzt geändert durch Gesetz vom 11. August 2014 (BGBl. I S. 1348),
7. § 54 Abs. 2, auch in Verbindung mit § 54 Abs. 1 des Weingesetzes in der Fassung vom 18. Januar 2011 (BGBl. I S. 66), zuletzt geändert durch Gesetz vom 2. Oktober 2014 (BGBl. I S. 1586), in Verbindung mit
   a) § 3 Abs. 4, § 3b Abs. 4, § 6 Abs. 3 und 5, § 7 Abs. 4, § 8 Abs. 2, § 8a Abs. 1, 3 und 4, § 8c, § 9 Abs. 2 und 5, § 12 Abs. 3 bis 5, § 17 Abs. 3 und 4, § 20 Abs. 6, § 21 Abs. 3, § 22 Abs. 3, § 22a Abs. 2 Satz 2, § 23 Abs. 4 und 5, § 24 Abs. 4 bis 7, § 44 Abs. 1 Satz 2 und 3 und § 53 Abs. 1 des Weingesetzes,
   b) § 5 Abs. 1 Satz 4, § 6 Abs. 1 Satz 1, § 7a, § 8 Abs. 1, § 10 Abs. 2 und 3 Satz 1, § 13 Abs. 9, § 18 Abs. 12, § 21 Abs. 4, § 23 Abs. 2, § 30 Abs. 4, § 32c Abs. 2 und 3, § 34a Abs. 2 und § 39 Abs. 2 und 3 der Weinverordnung in der Fassung vom 21. April 2009 (BGBl. I S. 827), zuletzt geändert durch Verordnung vom 18. Juni 2014 (BGBl. I S. 798),
   c) § 11 Abs. 1 Satz 2, § 12 Abs. 2, § 13 Abs. 2 Satz 2, § 14 Abs. 1, § 16 Satz 1, § 23, § 29 Abs. 3, § 30 Abs. 2 Satz 1 und Abs. 3, § 31 und § 37 Abs. 4 der Wein-Überwachungsverordnung in der Fassung vom 14. Mai 2002 (BGBl. I S. 1624), zuletzt geändert durch Verordnung vom 18. Juni 2014 (BGBl. I S. 798),
   d) § 3 der Verordnung über die Genehmigung für Neuanpflanzungen von Rebflächen vom 9. November 2000 (BGBl. I S. 1501), zuletzt geändert durch Verordnung vom 7. November 2008 (BGBl. I S. 2166),
8. § 9 Abs. 3 Satz 2 des Agrarmarktstrukturgesetzes vom 20. April 2013 (BGBl. I S. 917),
9. § 6 Abs. 5 Satz 3 des Marktorganisationsgesetzes in der Fassung vom 24. Juni 2005 (BGBl. I S. 1847), zuletzt geändert durch Gesetz vom 7. August 2013 (BGBl. I S. 3154), in Verbindung mit § 6 Abs. 5 Satz 1 und Abs. 1 Nr. 2 des Marktorganisationsgesetzes sowie den § 3 Satz 1 und § 8 Abs. 2 der InVeKoS-Verordnung vom 3. Dezember 2004 (BGBl. I S. 3194), zuletzt geändert durch Verordnung vom 25. September 2014 (BGBl. I S. 1561),
10. § 13 Abs. 3 Satz 2 des Fleischgesetzes vom 9. April 2008 (BGBl. I S. 714, 1025), zuletzt geändert durch Gesetz vom 7. August 2013 (BGBl. I S. 3154), in Verbindung mit § 9 Abs. 2 Nr. 1 und § 13 Abs. 3 Satz 1 des Fleischgesetzes und § 2 Abs. 5 und § 5 Abs. 2 Satz 1 der 1. Fleischgesetz-Durchführungsverordnung vom 12. November 2008 (BGBl. I S. 2186), zuletzt geändert durch Verordnung vom 17. Juni 2014 (BGBl. I S. 793),

[1]) FFN 800-62

11. § 25 Abs. 2 Satz 2 des Rennwett- und Lotteriegesetzes in der im Bundesgesetzblatt Teil III, Gliederungsnummer 611-14, veröffentlichten bereinigten Fassung, zuletzt geändert durch Gesetz vom 29. Juni 2012 (BGBl. I S. 1424, 2013 I S. 2236),
12. § 45 Abs. 7 Satz 5 des Bundesnaturschutzgesetzes vom 29. Juli 2009 (BGBl. I S. 2542), zuletzt geändert durch Gesetz vom 7. August 2013 (BGBl. I S. 3154),
13. § 5 Satz 2 des Lebensmittelspezialitätengesetzes vom 29. Oktober 1993 (BGBl. I S. 1814), zuletzt geändert durch Gesetz vom 7. August 2013 (BGBl. I S. 3154),
14. § 139 Abs. 2 Satz 3 des Markengesetzes vom 25. Oktober 1994 (BGBl. I S. 3082, 1995 I S. 156, 1996 I S. 682), zuletzt geändert durch Gesetz vom 19. Oktober 2013 (BGBl. I S. 3830),
15. § 4 Abs. 3 Satz 3 des Rindfleischetikettierungsgesetzes vom 26. Februar 1998 (BGBl. I S. 380), zuletzt geändert durch Gesetz vom 28. Juli 2014 (BGBl. I S. 1308),
16. § 2 Abs. 3 Satz 2 des Öko-Landbaugesetzes vom 7. Dezember 2008 (BGBl. I S. 2358), zuletzt geändert durch Gesetz vom 7. September 2013 (BGBl. I S. 3563),
17. § 1 des Gesetzes zur Bestimmung von Zuständigkeiten vom 3. April 1998 (GVBl. I S. 98), zuletzt geändert durch Gesetz vom 13. Dezember 2012 (GVBl. S. 622),
18. § 36 Abs. 2 Satz 1 des Gesetzes über Ordnungswidrigkeiten in der Fassung vom 19. Februar 1987 (BGBl. I S. 602), zuletzt geändert durch Gesetz vom 10. Oktober 2013 (BGBl. I S. 3786),
19. § 38 Abs. 3 Satz 5 des Marktorganisationsgesetzes

verordnet die Landesregierung,

20. § 1 Abs. 1 Satz 2 des Gesetzes zum Vollzug von Aufgaben in den Bereichen der Landwirtschaft, der Landschaftspflege, der Dorf- und Regionalentwicklung und des ländlichen Tourismus vom 21. März 2005 (GVBl. I S. 229, 233), zuletzt geändert durch Gesetz vom 13. Dezember 2012 (GVBl. S. 622),
21. § 34 Satz 1 Nr. 1 des Hessischen Ausführungsgesetzes zum Bundesnaturschutzgesetz vom 20. Dezember 2010 (GVBl. I S. 629), zuletzt geändert durch Gesetz vom 27. Juni 2013 (GVBl. S. 458),
22. § 24 Satz 1 und § 25 Abs. 3 Satz 3, jeweils in Verbindung mit § 26 Abs. 1 des Hessischen Ausführungsgesetzes zum Kreislaufwirtschaftsgesetz vom 6. März 2013 (GVBl. S. 80),

verordnet die Ministerin für Umwelt, Klimaschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz in den Fällen der Nr. 20 und 22 im Einvernehmen mit dem Minister des Innern und für Sport und im Falle der Nr. 20 auch im Einvernehmen mit dem Minister der Finanzen:

§ 1

(1) Der für Landwirtschaft zuständigen Ministerin oder dem hierfür zuständigen Minister wird die Ermächtigung übertragen, durch Rechtsverordnung Vorschriften zu erlassen nach

1. § 6 Abs. 3 Satz 1, § 9 Abs. 7 Satz 2, § 10 Satz 2, § 14 Abs. 4 Satz 1 und § 16 Abs. 5 Satz 1 und 2, § 24 Abs. 1 Satz 2 und § 29 Abs. 2 Satz 1 des Pflanzenschutzgesetzes zur Durchführung von bestimmten Regelungen zum Pflanzenschutz und zur Abwendung von Gefahren, die durch die Pflanzenschutzmittelanwendung oder andere Pflanzenschutzmaßnahmen entstehen können,
2. § 10 Abs. 2, § 20 Abs. 2 Satz 1 und § 22 Abs. 1 Satz 1 und 2 des Milch- und Fettgesetzes zum Erhalt und zur Förderung der Güte, zur Festsetzung von Preisregelungen und zur Erhebung von Umlagen,
3. § 7 Satz 1 des Milch- und Margarinegesetzes zur Schaffung einheitlicher Erzeugnissorten sowie zum Erhalt und zur Förderung der Erzeugnisqualität,
4. § 8 Abs. 3 und § 18 Abs. 2 des Tierzuchtgesetzes über die Teilnahme an pferdesportlichen Veranstaltungen und die Verteilung von Prämien, zur Bestimmung einer abweichenden Durchführung von Leistungsprüfungen und Zuchtwertschätzungen durch zuständige Behörden und eines von einer anderen Stelle geführten Buchs als Zuchtbuch sowie zum Erlass von Prüfungsordnungen für Lehrgänge,
5. § 5 Abs. 1 Satz 1 in Verbindung mit Abs. 4 Satz 1 und § 5 Abs. 3 des Direktzahlungen-Verpflichtungengesetzes zur sachgerechten Durchführung von bestimmten Direktzahlungen-Verpflichtungenregelungen bei besonderen regionalen Gegebenheiten, zum Schutz des Grün- und Dauergrünlands, zur Übertragung von Aufgaben auf eine Prämienbehörde des Landes und zur Bestimmung eines anderen Zeitpunkts zur Übertragung von Daten,
6. § 36 Abs. 3 der Gewerbeordnung über die zur Durchführung des § 36 Abs. 1 und 2 der Gewerbeordnung erforderlichen Regelungen für die Sachverständigenbestellung auf dem Gebiet der Land- und Forstwirtschaft einschließlich des Garten- und Weinbaus,
7. § 3 Abs. 4, § 3b Abs. 4 Satz 1 und 2, § 6 Abs. 3 und 5, § 7 Abs. 4, § 8 Abs. 2, § 8a Abs. 1 und 3, § 8c, § 9 Abs. 2 Satz 1 und Abs. 5, § 12 Abs. 3 bis 5, § 17 Abs. 3 und 4, § 20 Abs. 6,

§ 21 Abs. 3, § 22 Abs. 3, § 22a Abs. 2 Satz 2, § 23 Abs. 4 und 5, § 24 Abs. 4 bis 7, § 44 Abs. 1 Satz 2 und 3, jeweils auch in Verbindung mit § 53 Abs. 1 des Weingesetzes zur Durchführung von bestimmten Regelungen zum Weinbau und zur Weinwirtschaft,

8. § 5 Abs. 1 Satz 4, § 6 Abs. 1, § 7a, § 8 Abs. 1, § 10 Abs. 2 und 3 Satz 1, § 13 Abs. 9, § 18 Abs. 12, § 21 Abs. 4, § 23 Abs. 2, § 32c Abs. 2 und 3, § 34a Abs. 2 und § 39 Abs. 2 und 3 der Weinverordnung zur Durchführung von bestimmten Regelungen zum Anbau und zur Verarbeitung, Qualität und Bezeichnung von Wein,

9. § 11 Abs. 1 Satz 2, § 12 Abs. 2, § 13 Abs. 2 Satz 2, § 14 Abs. 1, § 16, § 23, § 29 Abs. 3, § 30 Abs. 2 und Abs. 3, § 31 und § 37 Abs. 4 der Wein-Überwachungsverordnung zur Durchführung von bestimmten Regelungen zur Überwachung der Buchführung, des Begleitpapiers, von Meldungen und der Einfuhr,

10. § 3 der Verordnung über die Genehmigung für Neuanpflanzungen von Rebflächen zu den näheren Voraussetzungen und das Verfahren für die Erteilung der Genehmigungen,

11. § 4 Abs. 1 Nr. 2 Buchst. c und d Doppelbuchst. aa des Agrarmarktstrukturgesetzes und § 14 Abs. 2 der Agrarmarktstrukturverordnung vom 15. November 2013 (BGBl. I S. 3998), geändert durch Verordnung vom 18. Juni 2014 (BGBl. I S. 798), jeweils in Verbindung mit § 9 Abs. 3 Satz 1 des Agrarmarktstrukturgesetzes zur Festlegung von bestimmten Mindestvoraussetzungen bezüglich der Agrarerzeugnisse der Erzeugerorganisation oder Vereinigung bei der Anerkennung als Agrarorganisation und bezüglich der Mitgliederzahl von Agrarorganisationen,

12. § 3 Satz 1 und § 8 Abs. 2 der InVeKoS-Verordnung zur Bestimmung der Referenzparzellen und zur Festlegung kleinerer Mindestgrößen,

13. § 2 Abs. 5 und § 5 Abs. 2 der 1. Fleischgesetz-Durchführungsverordnung zur Bestimmung von Anforderungen an die Vornahme der Verwiegung von Schlachtkörpern in bestimmten Betrieben und zur Erhöhung der Meldegrenze für die Ausnahme von der Meldepflicht,

14. § 3 Nr. 5 in Verbindung mit § 25 Abs. 2 Satz 1 des Rennwett- und Lotteriegesetzes über die Einzelheiten des Zuweisungsverfahrens, die Begrenzung der Zuweisungshöhe und die Zerlegung des zuweisungsfähigen Aufkommens.

Die Rechtsverordnung nach Satz 1 Nr. 3 ergeht im Benehmen mit der für die Lebensmittelüberwachung zuständigen Ministerin oder dem hierfür zuständigen Minister.

(2) Der für Naturschutz zuständigen Ministerin oder dem hierfür zuständigen Minister wird die Ermächtigung übertragen, durch Rechtsverordnung nach § 45 Abs. 7 Satz 4 des Bundesnaturschutzgesetzes Ausnahmen von den Verboten des § 44 des Bundesnaturschutzgesetzes zuzulassen.

(3) Dem Regierungspräsidium Gießen wird die Ermächtigung übertragen, durch Rechtsverordnung nach

1. § 5 Satz 1 des Lebensmittelspezialitätengesetzes und nach § 139 Abs. 2 Satz 1 und 2 des Markengesetzes die erforderlichen Kontrollen zugelassenen privaten Kontrollstellen zu übertragen oder zugelassene private Kontrollstellen bei der Durchführung von Kontrollen zu beteiligen und die Voraussetzungen und das Verfahren der Zulassung privater Kontrollstellen zu regeln,

2. § 4 Abs. 3 Satz 2 des Rindfleischetikettierungsgesetzes die Durchführung der Überwachung privaten Kontrollstellen ganz oder teilweise zu übertragen und die Voraussetzungen und das Verfahren für die Übertragung zu regeln,

3. § 2 Abs. 3 Satz 1 des Öko-Landbaugesetzes Aufgaben nach § 2 Abs. 1 des Öko-Landbaugesetzes mit Ausnahme der Überwachung der Kontrollstellen ganz oder teilweise auf Kontrollstellen oder andere natürliche oder juristische Personen des Privatrechts, die in gleicher Weise wie Kontrollstellen die Gewähr für eine unabhängige, sachkundige und zuverlässige Erfüllung der Aufgaben bieten, zu übertragen oder sie daran zu beteiligen und die Voraussetzungen und das Verfahren für die Übertragung oder die Beteiligung zu regeln.

§ 2

(1) Das für Landwirtschaft zuständige Ministerium ist

1. Verwaltungsbehörde nach Art. 65 Abs. 2 in Verbindung mit Art. 66 der Verordnung (EU) Nr. 1305/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 17. Dezember 2013 über die Förderung der ländlichen Entwicklung durch den Europäischen Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raums (ELER) und zur Aufhebung der Verordnung (EG) Nr. 1698/2005 (ABl. EU Nr. L 347 S. 487), geändert durch Verordnung (EU) Nr. 1310/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 17. Dezember 2013 (ABl. EU Nr. L 347 S. 865),

2. zuständige Behörde für die Zulassung der Zahlstelle und den Entzug der Zulassung nach Art. 7 Abs. 2 Unterabs. 1 Satz 1 und Abs. 5 der Verordnung (EU) Nr. 1306/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 17. Dezember 2013 über die

Finanzierung, die Verwaltung und das Kontrollsystem der Gemeinsamen Agrarpolitik und zur Aufhebung der Verordnungen (EWG) Nr. 352/78, (EG) Nr. 165/94, (EG) Nr. 2799/98, (EG) Nr. 814/2000, (EG) Nr. 1290/2005 und (EG) Nr. 485/2008 des Rates (ABl. EU Nr. L 347 S. 549), geändert durch Verordnung (EU) Nr. 1310/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 17. Dezember 2013 (ABl. EU Nr. L 347 S. 865),

3. zuständige oberste Landesbehörde für die Zulassung anderer Verfahren nach § 2 Abs. 6 der Milch-Güteverordnung vom 9. Juli 1980 (BGBl. I S. 878, 1081), zuletzt geändert durch Verordnung vom 17. Dezember 2010 (BGBl. I S. 2132),
4. zuständige oberste Landesbehörde nach § 7 Abs. 8 Satz 1 der Klärschlammverordnung vom 15. April 1992 (BGBl. I S. 912), zuletzt geändert durch Gesetz vom 24. Februar 2012 (BGBl. I S. 212).

(2) Das für den Naturschutz zuständige Ministerium ist zuständige Behörde für die Zulassung der Träger eines freiwilligen ökologischen Jahres nach § 10 Abs. 2 des Jugendfreiwilligendienstegesetzes vom 16. Mai 2008 (BGBl. I S. 842), geändert durch Gesetz vom 20. Dezember 2011 (BGBl. I S. 2854).

§ 3

Der Landesbetrieb Landwirtschaft Hessen ist zuständig

1. für die Durchführung des Systems der landwirtschaftlichen Betriebsberatung nach Art. 12 Abs. 1 der Verordnung (EU) Nr. 1306/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates über die Finanzierung, die Verwaltung und das Kontrollsystem der Gemeinsamen Agrarpolitik und zur Aufhebung der Verordnungen (EWG) Nr. 352/78, (EG) Nr. 165/94, (EG) Nr. 2799/98, (EG) Nr. 814/2000, (EG) Nr. 1290/2005 und (EG) Nr. 485/2008 des Rates,
2. für den Vollzug
   a) des Tierzuchtgesetzes und der Verordnung über Lehrgänge nach dem Tierzuchtgesetz vom 15. Oktober 1992 (BGBl. I S. 1776),
   b) des Saatgutverkehrsgesetzes in der Fassung vom 16. Juli 2004 (BGBl. I S. 1673), zuletzt geändert durch Gesetz vom 7. August 2013 (BGBl. I S. 3154),
   c) der Milch-Güteverordnung, soweit nicht in § 2 Abs. 1 Nr. 3 und § 5 Nr. 5 etwas anderes bestimmt ist,
3. für die Genehmigung nach § 11 Abs. 1 Satz 2 des Bundeskleingartengesetzes vom 28. Februar 1983 (BGBl. I S. 210), zuletzt geändert durch Gesetz vom 19. September 2006 (BGBl. I S. 2146),
4. für die landwirtschaftliche Beratung nach § 3 Abs. 3 Satz 1 Nr. 1 Buchst. b der Düngeverordnung in der Fassung vom 27. Februar 2007 (BGBl. I S. 221), zuletzt geändert durch Gesetz vom 24. Februar 2012 (BGBl. I S. 212).

§ 4

Das Regierungspräsidium ist zuständig

1. für den Vollzug
   a) der Vorschriften über forstwirtschaftliche Zusammenschlüsse im Dritten Kapitel des Bundeswaldgesetzes vom 2. Mai 1975 (BGBl. I S. 1037), zuletzt geändert durch Gesetz vom 31. Juli 2010 (BGBl. I S. 1050), soweit nicht in § 8 Nr. 1 dieser Verordnung etwas anderes bestimmt ist,
   b) des Holzhandels-Sicherungs-Gesetzes vom 11. Juli 2011 (BGBl. I S. 1345), geändert durch Gesetz vom 3. Mai 2013 (BGBl. I S. 1104), soweit nicht im Holzhandels-Sicherungs-Gesetz etwas anderes bestimmt ist,
2. für die Entgegennahme von Mitteilungen nach § 37 Abs. 1 Satz 1 Nr. 3 der Handelsregisterverordnung in der im Bundesgesetzblatt Teil III, Gliederungsnummer 315-20, veröffentlichten bereinigten Fassung, zuletzt geändert durch Gesetz vom 4. Juli 2013 (BGBl. I S. 1981), im Bereich der Forstwirtschaft,
3. für die Ausübung des Vorkaufsrechts nach § 66 Abs. 1 des Bundesnaturschutzgesetzes,
4. als obere Naturschutzbehörde, abweichend von § 7 Abs. 3 und § 16 Abs. 1 Satz 2 des Hessischen Ausführungsgesetzes zum Bundesnaturschutzgesetz, für die Herstellung des Benehmens bei Zulassungsverfahren, die von oberen Bundesbehörden geführt werden,
5. für den Vollzug der Bioabfallverordnung in der Fassung vom 4. April 2013 (BGBl. I S. 658), geändert durch Verordnung vom 5. Dezember 2013 (BGBl. I S. 4043), soweit nicht in § 6 Nr. 3, § 9 Nr. 2 und in der Bioabfallverordnung etwas anderes bestimmt ist,
6. als Fachaufsichtsbehörde für die den Kreisausschüssen in § 1 Abs. 1 Satz 1 und Abs. 3 Satz 3 des Gesetzes zum Vollzug von Aufgaben in den Bereichen der Landwirtschaft, der Landschaftspflege, der Dorf- und Regionalentwicklung und des ländlichen Tourismus übertragenen Aufgaben, soweit nicht in § 5 Nr. 1 Buchst. b und § 6 Nr. 6 dieser Verordnung oder in anderen Rechtsvorschriften etwas anderes bestimmt ist,
7. als Träger öffentlicher Belange und Agrarverwaltungsbehörde für Fragen der Landwirtschaft und der Agrarstruktur in Verfahren der oberen Verwaltungsbehörden.

§ 5

Das Regierungspräsidium Gießen ist zuständig

1. a) für den Vollzug
   aa) des Pflanzenschutzgesetzes und der aufgrund dieses Gesetzes erlassenen Rechtsverordnungen mit Ausnahme der Durchführung von Kontrollen vor Ort,
   bb) des Agrarmarktstrukturgesetzes,
   cc) des Legehennenbetriebsregistergesetzes vom 12. September 2003 (BGBl. I S. 1894), zuletzt geändert durch Gesetz vom 28. Juli 2014 (BGBl. I S. 1308),
   dd) des Öko-Landbaugesetzes,
   ee) des Rindfleischetikettierungsgesetzes,
   ff) des Fischetikettierungsgesetzes vom 1. August 2002 (BGBl. I S. 2980), zuletzt geändert durch Verordnung vom 31. Oktober 2006 (BGBl. I S. 2407),
   gg) des Fleischgesetzes und der aufgrund des Fleischgesetzes erlassenen Rechtsverordnungen,
   b) als Fachaufsichtsbehörde für die in Nr. 1 Buchst. a Doppelbuchst. aa genannte Durchführung von Kontrollen vor Ort mit Ausnahme von Rebflächen,

   soweit nicht in diesen Gesetzen, in aufgrund dieser Gesetze erlassenen Rechtsverordnungen oder in anderen Rechtsvorschriften etwas anderes bestimmt ist,
2. für den Vollzug der
   a) Anbaumaterialverordnung vom 16. Juni 1998 (BGBl. I S. 1322), zuletzt geändert durch Verordnung vom 10. Oktober 2012 (BGBl. I S. 2113),
   b) Beihilfenverordnung-Magermilch vom 31. Mai 1977 (BGBl. I S. 792), zuletzt geändert durch Verordnung vom 13. Dezember 2011 (BGBl. I S. 2720),
   c) Schulmilch-Beihilfen-Verordnung vom 8. November 1985 (BGBl. I S. 2099), zuletzt geändert durch Verordnung vom 13. Dezember 2011 (BGBl. I S. 2720),
   d) Butterverordnung vom 3. Februar 1997 (BGBl. I S. 144), zuletzt geändert durch Gesetz vom 25. Juli 2013 (BGBl. I S. 2722),
   e) Obst-Gemüse-Erzeugerorganisationendurchführungsverordnung vom 25. September 2014 (BGBl. I S. 1561),
   f) Obstbaumrodungsverordnung vom 21. Januar 1998 (BGBl. I S. 101), zuletzt geändert durch Verordnung vom 31. Oktober 2006 (BGBl. I S. 2407),
   g) Agrarmarktstrukturverordnung,

   soweit nicht in diesen Verordnungen etwas anderes bestimmt ist,
3. für die Anforderung und Entgegennahme von Einzelangaben nach § 15 Abs. 6 Satz 2 des Gesetzes über Meldungen über Marktordnungswaren in der Fassung vom 26. November 2008 (BGBl. I S. 2260), geändert durch Gesetz vom 9. Dezember 2010 (BGBl. I S. 1934),
4. für die Entgegennahme der Meldung nach § 4 der Ernährungswirtschaftsmeldeverordnung vom 10. Oktober 2006 (BGBl. I S. 2214), zuletzt geändert durch Verordnung vom 7. Oktober 2014 (BGBl. I S. 1594),
5. für das Verlangen der Vorlage und die Entgegennahme von Aufzeichnungen nach § 5 Abs. 3 der Milch-Güteverordnung,
6. für
   a) die
      aa) Erteilung der Erlaubnis und der Kennnummern nach Art. 5 Abs. 2 und als Kontrolldienst nach Art. 24 Abs. 1 der Verordnung (EG) Nr. 589/ 2008 der Kommission vom 23. Juni 2008 mit Durchführungsbestimmungen zur Verordnung (EG) Nr. 1234/2007 des Rates hinsichtlich der Vermarktungsnormen für Eier (ABl. EU Nr. L 163 S. 6), zuletzt geändert durch Verordnung (EU) Nr. 519/2013 der Kommission vom 21. Februar 2013 (ABl. EU Nr. L 158 S. 74),
      bb) Erteilung der Zulassung nach Art. 12 Abs. 1 und für die Kontrolle der Einhaltung der Vorschriften der Verordnung (EG) Nr. 543/2008 der Kommission vom 16. Juni 2008 mit Durchführungsvorschriften zur Verordnung (EG) Nr. 1234/ 2007 des Rates hinsichtlich der Vermarktungsnormen für Geflügelfleisch (ABl. EU Nr. L 157 S. 46, 2009 Nr. L 8 S. 33), zuletzt geändert durch Verordnung (EU) Nr. 519/2013 der Kommission vom 21. Februar 2013 (ABl. EU Nr. L 158 S. 74),

      mit Ausnahme der Lebensmittel-Einzelhandelsstufe,
   b) die Registrierung und Vergabe von Kennnummern nach Art. 2 Abs. 1 und als Kontrollstelle nach Art. 9 der Verordnung (EG) Nr. 617/2008 der Kommission vom 27. Juni 2008 mit Durchführungsbestimmungen zur Verordnung (EG) Nr. 1234/ 2007 des Rates hinsichtlich der

Vermarktungsnormen für Bruteier und Küken von Hausgeflügel (ABl. EU Nr. L 168 S. 5), zuletzt geändert durch Verordnung (EU) Nr. 519/2013 der Kommission vom 21. Februar 2013 (ABl. EU Nr. L 158 S. 74), soweit nicht in Rechtsvorschriften etwas anderes bestimmt ist,

c) Verfahren zur Durchführung der Förderung von Maßnahmen zur Verbesserung der Erzeugungs- und Vermarktungsbedingungen für Bienenzuchterzeugnisse nach der Verordnung (EU) Nr. 1308/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 17. Dezember 2013 über eine gemeinsame Marktorganisation für landwirtschaftliche Erzeugnisse und zur Aufhebung der Verordnungen (EWG) Nr. 922/72, (EWG) Nr. 234/79, (EG) Nr. 1037/2001 und (EG) Nr. 1234/2007 (ABl. EU Nr. L 347 S. 671), geändert durch Verordnung (EU) Nr. 1310/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 17. Dezember 2013 (ABl. EU Nr. L 347 S. 865),

d) die Durchführung von Förderungsmaßnahmen unter Beachtung der Förderungsgrundsätze des Rahmenplans nach dem GAK-Gesetz in der Fassung vom 21. Juli 1988 (BGBl. I S. 1055), zuletzt geändert durch Gesetz vom 9. Dezember 2010 (BGBl. I S. 1934), im Bereich Landwirtschaft für die Förderung der Marktstrukturverbesserung, der Erhaltung genetischer Ressourcen in der Landwirtschaft und zur Verbesserung der genetischen Qualität landwirtschaftlicher Nutztiere,

e) die Erhebung der Umlage nach § 22 Abs. 1 des Milch- und Fettgesetzes in Verbindung mit der Verordnung über die Erhebung einer Umlage zur Förderung der Milchwirtschaft vom 1. Dezember 1981 (GVBl. I S. 427), zuletzt geändert durch Verordnung vom 8. November 2010 (GVBl. I S. 375), sowie für Verfahren zur Durchführung der Förderung,

f) die Erteilung der Bescheinigung nach § 1a Abs. 2 Satz 2 der Milch-Sachkunde-Verordnung vom 22. Dezember 1972 (BGBl. I S. 2555), zuletzt geändert durch Verordnung vom 8. August 2007 (BGBl. I S. 1816),

g) Anordnungen nach § 8 der Verordnung über Vermarktungsnormen für Geflügelfleisch vom 22. März 2013 (BGBl. I S. 624), geändert durch Verordnung vom 17. Juni 2014 (BGBl. I S. 793), mit Ausnahme der Lebensmittel-Einzelhandelsstufe,

7. für die Überwachung der Einhaltung

a) der Vorschriften der Verordnung (EU) Nr. 1308/2013 betreffend den Obst- und Gemüsebereich,

b) der Vorschriften der Verordnung (EG) Nr. 1580/2007 der Kommission vom 21. Dezember 2007 mit Durchführungsbestimmungen zu den Verordnungen (EG) Nr. 2200/96, (EG) Nr. 2201/96 und (EG) Nr. 1182/2007 des Rates im Sektor Obst und Gemüse (ABl. EU Nr. L 350 S. 1), zuletzt geändert durch Verordnung (EU) Nr. 529/2011 der Kommission vom 30. Mai 2011 (ABl. EU Nr. L 143 S. 12),

c) der in § 134 Abs. 1 des Markengesetzes genannten Vorschriften,

d) der in § 5 Abs. 1 Satz 1 des Handelsklassengesetzes in der Fassung vom 23. November 1972 (BGBl. I S. 2201), zuletzt geändert durch Gesetz vom 25. Juli 2013 (BGBl. I S. 2722), genannten Vorschriften mit Ausnahme der Lebensmittel-Einzelhandelsstufe und soweit nicht in Rechtsvorschriften etwas anderes bestimmt ist,

e) der in § 4 Abs. 1 des Lebensmittelspezialitätengesetzes genannten Vorschriften.

§ 6

Das Regierungspräsidium Kassel ist zuständig

1. für den Vollzug

a) des Düngegesetzes vom 9. Januar 2009 (BGBl. I S. 54, 136), zuletzt geändert durch Gesetz vom 15. März 2012 (BGBl. I S. 481), und der aufgrund dieses Gesetzes erlassenen Rechtsverordnungen außerhalb von Rebflächen,

b) zur Erhaltung landwirtschaftlicher Flächen in gutem landwirtschaftlichen und ökologischen Zustand im Sinne des § 1 Abs. 1 Satz 2 Nr. 1 Buchst. b des Direktzahlungen-Verpflichtungengesetzes in Verbindung mit der Direktzahlungen-Verpflichtungenverordnung vom 4. November 2004 (BGBl. I S. 2778), zuletzt geändert durch Verordnung vom 3. Januar 2014 (BAnz. 2014 AT 6. Januar 2014 V1),

mit Ausnahme der Durchführung von Kontrollen vor Ort und soweit nicht in Nr. 5 Buchst. a oder anderen Rechtsvorschriften etwas anderes bestimmt ist,

2. für die

a) Bestimmung der Untersuchungsstelle nach § 3 Abs. 2, 5 Satz 1 und Abs. 6 Satz 3,

b) Entgegennahme und Übermittlung der Angaben nach § 7 Abs. 7 Satz 2 und Abs. 8 Satz 1

der Klärschlammverordnung,

3. für die
   a) Bestimmung der Untersuchungsstelle nach § 3 Abs. 8 Satz 1, § 4 Abs. 9 Satz 1 und § 9 Abs. 2 Satz 6,
   b) Befreiung von der Vorlage der Untersuchungsergebnisse sowie vom Lieferscheinverfahren nach § 11 Abs. 3,
   c) Entgegennahme der Nachweise und das Verlangen von Vorlagen nach § 11 Abs. 3a,
   d) Erteilung der Zustimmung nach § 12a,
   e) Aufgaben der landwirtschaftlichen Fachbehörde nach

   der Bioabfallverordnung,
4. den Vollzug der Bundeswildschutzverordnung vom 25. Oktober 1985 (BGBl. I S. 2040), zuletzt geändert durch Verordnung vom 16. Februar 2005 (BGBl. I S. 258),
5. für die
   a) Probennahme bei Klärschlämmen, Gärresten und Stoffen mit vergleichbaren Anforderungen an die Probennahme und anschließende Behandlung der Proben im Rahmen der Düngemittelverkehrskontrolle nach den Vorschriften der Düngemittelverordnung vom 5. Dezember 2012 (BGBl. I S. 2482) in Verbindung mit § 12 des Düngegesetzes,
   b) Aufstellung der Vorschlagslisten nach § 4 Abs. 2 Satz 1 des Gesetzes über das gerichtliche Verfahren in Landwirtschaftssachen in der im Bundesgesetzblatt Teil III, Gliederungsnummer 317-1, veröffentlichten bereinigten Fassung, zuletzt geändert durch Gesetz vom 23. Juli 2013 (BGBl. I S. 2586) und als übergeordnete Behörde nach § 32 Abs. 2 Satz 2 des Gesetzes über das gerichtliche Verfahren in Landwirtschaftssachen,
   c) Durchführung des Übertragungsstellenverfahrens nach §§ 11 und 16 Abs. 3 Satz 1 der Milchquotenverordnung in der Fassung vom 3. Mai 2011 (BGBl. I S. 775), geändert durch Gesetz vom 22. Dezember 2011 (BGBl. I S. 3044),
6. als Fachaufsichtsbehörde bei der
   a) Durchführung der in Nr. 1 ausgenommenen Kontrollen vor Ort,
   b) Durchführung der Milchquotenverordnung, soweit sie nicht selbst nach Nr. 5 Buchst. c zuständig ist,
   c) Wahrnehmung der Aufgaben nach § 9, soweit nicht in anderen Rechtsvorschriften etwas anderes bestimmt ist,
   d) rechtsgeschäftlichen Veräußerung nach dem Ersten und Dritten Abschnitt des Grundstückverkehrsgesetzes in der im Bundesgesetzblatt Teil III, Gliederungsnummer 7810-1, veröffentlichten bereinigten Fassung, zuletzt geändert durch Gesetz vom 17. Dezember 2008 (BGBl. I S. 2586), und bei dem Vollzug des Landpachtverkehrsgesetzes vom 8. November 1985 (BGBl. I S. 2075), zuletzt geändert durch Gesetz vom 13. April 2006 (BGBl. I S. 855).

§ 7

Das Regierungspräsidium Darmstadt ist zuständig für die Zuweisung und Festsetzung der Anteile und für das Treffen erforderlicher Bestimmungen nach § 16 Abs. 1 Satz 1 und 3 des Rennwett- und Lotteriegesetzes.

§ 8

Die untere Forstbehörde ist zuständig für die

1. Aufforderung zur Gründung einer Forstbetriebsgemeinschaft nach § 22 Abs. 2 Nr. 4 des Bundeswaldgesetzes und die Maßnahmen zur Bildung eines Forstbetriebsverbandes nach § 23 Abs. 1 Bundeswaldgesetz,
2. Erteilung der Bescheinigung nach § 21 Abs. 5 Satz 2 des Gesetzes über die Alterssicherung der Landwirte vom 29. Juli 1994 (BGBl. I S. 1890, 1891), zuletzt geändert durch Gesetz vom 21. Juli 2014 (BGBl. I S. 1133),
3. Erteilung des Einvernehmens nach § 6 Abs. 3 der Bioabfallverordnung.

§ 9

Der Kreisausschuss der in § 1 Abs. 1 Satz 1 des Gesetzes zum Vollzug von Aufgaben in den Bereichen der Landwirtschaft, der Landschaftspflege, der Dorf- und Regionalentwicklung und des ländlichen Tourismus aufgeführten Landkreise ist zuständig

1. für den Vollzug der Klärschlammverordnung, auch als landwirtschaftliche Fachbehörde, soweit nicht in § 6 Nr. 2 etwas anderes bestimmt ist,
2. für die
   a) Zulassung von Ausnahmen nach § 6 Abs. 1 Satz 3 und § 9 Abs. 3,
   b) Verlängerung des Zeitraums nach § 7 Abs. 4 Satz 2,
   c) Mitteilung der Aufbringungsflächen nach § 9 Abs. 1,
   d) Entgegennahme der Bodenuntersuchungsergebnisse nach § 9 Abs. 2 Satz 2,
   e) Untersagung der erneuten Aufbringung nach § 9 Abs. 2 Satz 5,
   f) Zulassung der Aufbringung nach § 9 Abs. 4 Satz 1,
   g) Entgegennahme einer Kopie der Lieferscheine nach § 11 Abs. 2a Satz 1 und 2

   der Bioabfallverordnung.

§ 10

Zuständige Verwaltungsbehörde für die Verfolgung und Ahndung von Ordnungswidrigkeiten

1. nach

   a) § 26 Abs. 1 des Tierzuchtgesetzes,

   b) § 60 Abs. 1 des Saatgutverkehrsgesetzes, soweit nicht in Rechtsvorschriften etwas anderes bestimmt ist,

   ist der Landesbetrieb Landwirtschaft Hessen,

2. nach

   a) § 68 Abs. 1 und 2 des Pflanzenschutzgesetzes und den aufgrund dieses Gesetzes erlassenen Rechtsverordnungen, soweit nicht in Rechtsvorschriften etwas anderes bestimmt ist,

   b) § 30 Abs. 1 Nr. 9 des Milch- und Fettgesetzes,

   c) § 8 Abs. 1 des Agrarmarktstrukturgesetzes,

   d) § 16 Abs. 1 des Fleischgesetzes,

   e) § 11 Abs. 1 und 2 des Rindfleischetikettierungsgesetzes, soweit nicht die Bundesanstalt für Landwirtschaft und Ernährung nach § 11 der Rindfleischetikettierungsverordnung vom 30. Juni 2009 (BGBl. I S. 1715), zuletzt geändert durch Gesetz vom 7. August 2013 (BGBl. I S. 3154), zuständig ist,

   f) § 8 Abs. 1 des Fischetikettierungsgesetzes, soweit nicht die Bundesanstalt für Landwirtschaft und Ernährung nach § 9 der Fischetikettierungsverordnung vom 15. August 2002 (BGBl. I S. 3363), geändert durch Gesetz vom 13. Dezember 2007 (BGBl. I S. 2930), zuständig ist,

   g) § 10 Abs. 1 des Legehennenbetriebsregistergesetzes,

   h) § 13 Abs. 1 bis 3 des Öko-Landbaugesetzes,

   i) § 4 Abs. 1 und 2 des Öko-Kennzeichengesetzes in der Fassung vom 20. Januar 2009 (BGBl. I S. 78), geändert durch Gesetz vom 9. Dezember 2010 (BGBl. I S. 1934),

   j) § 8 Abs. 1 und 2 des Lebensmittelspezialitätengesetzes,

   k) § 145 Abs. 2 des Markengesetzes,

   l) § 6 Abs. 3 der Margarine- und Mischfettverordnung vom 31. August 1990 (BGBl. I S. 1989, 2259), zuletzt geändert durch Verordnung vom 17. Dezember 2010 (BGBl. I S. 2132),

   m) § 4 Abs. 1 bis 3 der Bruteier-Kennzeichnungsverordnung vom 4. April 1973 (BGBl. I S. 273), zuletzt geändert durch Verordnung vom 13. Dezember 2011 (BGBl. I S. 2720), soweit nicht die Bundesanstalt für Landwirtschaft und Ernährung nach § 5 der Bruteier-Kennzeichnungsverordnung zuständig ist,

   n) § 4 der Öko-Kennzeichenverordnung vom 6. Februar 2002 (BGBl. I S. 589), geändert durch Verordnung vom 30. November 2005 (BGBl. I S. 3384),

   o) aa) § 7 Abs. 1 des Handelsklassengesetzes,

   bb) § 4 Abs. 1 und 2 der Verordnung über EU-Normen für Obst und Gemüse vom 10. Juni 2009 (BGBl. I S. 1269), zuletzt geändert durch Verordnung vom 20. März 2014 (BGBl. I S. 269), soweit nicht die Bundesanstalt für Landwirtschaft und Ernährung nach § 5 der Verordnung über EG-Normen für Obst und Gemüse zuständig ist,

   cc) § 7 Abs. 1 und 3 der Verordnung über Vermarktungsnormen für Eier in der Fassung vom 18. Januar 1995 (BGBl. I S. 46), zuletzt geändert durch Verordnung vom 17. Juni 2014 (BGBl. I S. 793),

   dd) § 9 Abs. 1 und 3 der Verordnung über Vermarktungsnormen für Geflügelfleisch,

   soweit die Ordnungswidrigkeiten nicht im Einzelhandel begangen worden sind,

   ist das Regierungspräsidium Gießen,

3. nach § 11 Abs. 1 des Forstschäden-Ausgleichsgesetzes in der Fassung vom 26. August 1985 (BGBl. I S. 1756), zuletzt geändert durch Gesetz vom 1. November 2011 (BGBl. I S. 2131), ist das Regierungspräsidium Darmstadt,

4. nach

   a) § 14 Abs. 1 und 2 des Düngegesetzes und den aufgrund dieses Gesetzes erlassenen Rechtsverordnungen, soweit nicht in Rechtsvorschriften etwas anderes bestimmt ist,

   b) § 32 in Verbindung mit § 33 der InVeKoS-Verordnung,

   c) § 9 der Klärschlammverordnung,

   d) § 13 Abs. 1 Nr. 5 und 7 bis 11 und Abs. 2 Nr. 4 und 8 bis 10 der Bioabfallverordnung,

   ist das Regierungspräsidium Kassel.

§ 11

Die Zuständigkeitsverordnung Landwirtschaft, Forsten und Naturschutz vom 2. Juni 1999 (GVBl. I S. 319)[2]), zuletzt geändert durch Gesetz vom 17. November 2011 (GVBl. I S. 683), wird aufgehoben.

[2]) Hebt auf FFN 800-46

§ 12

Diese Verordnung tritt am Tage nach der Verkündung in Kraft.

Artikel 2[3])

Änderung der Verordnung über Zuständigkeiten nach dem Hessischen Glücksspielgesetz

Aufgrund des

1. § 16 Abs. 5 des Hessischen Glücksspielgesetzes vom 28. Juni 2012 (GVBl. S. 190), geändert durch Gesetz vom 4. September 2013 (GVBl. S. 539),

verordnet der Hessische Minister des Innern und für Sport,

2. § 36 Abs. 2 Satz 1 des Gesetzes über Ordnungswidrigkeiten in der Fassung vom 19. Februar 1987 (BGBl. I S. 602), zuletzt geändert durch Gesetz vom 10. Oktober 2013 (BGBl. I S. 3786),

verordnet die Landesregierung:

§ 1 der Verordnung über Zuständigkeiten nach dem Hessischen Glücksspielgesetz vom 7. September 2012 (GVBl. S. 322) wird wie folgt geändert:

1. Der bisherige Wortlaut wird Abs. 1 und wie folgt geändert:

   a) Als neue Nr. 2 wird eingefügt:

      „2. die Erteilung der Erlaubnisse nach § 27 Abs. 1 des Glücksspielstaatsvertrages in Verbindung mit § 1 Abs. 1 und 4 und § 2 des Rennwett- und Lotteriegesetzes in der im Bundesgesetzblatt Teil III, Gliederungsnummer 611-14, veröffentlichten bereinigten Fassung, zuletzt geändert durch Gesetz vom 29. Juni 2012 (BGBl. I S. 1424; 2013 I S. 2236), in Verbindung mit §§ 2 bis 8 der Ausführungsbestimmungen zum Rennwett- und Lotteriegesetz in der im Bundesgesetzblatt Teil III, Gliederungsnummer 611-14-1, veröffentlichten bereinigten Fassung, zuletzt geändert durch Gesetz vom 29. Juni 2012 (BGBl. I S. 1424),“

   b) Die bisherigen Nr. 2 und 3 werden Nr. 3 und 4.

2. Als Abs. 2 wird angefügt:

   „(2) Zuständige Verwaltungsbehörde für die Verfolgung und Ahndung von Ordnungswidrigkeiten nach § 7 Abs. 1 und 2 des Rennwett- und Lotteriegesetzes ist das Regierungspräsidium Darmstadt.“

Artikel 3

Diese Verordnung tritt am Tage nach der Verkündung in Kraft.

Wiesbaden, den 29. Oktober 2014

Hessische Landesregierung

Der Ministerpräsident
Bouffier

Die Ministerin
für Umwelt, Klimaschutz,
Landwirtschaft
und Verbraucherschutz
Hinz

Der Minister
des Innern und für Sport
Beuth

[3]) Ändert FFN 316-35

Absender: A. Bernecker Verlag GmbH
Unter dem Schöneberg 1
34212 Melsungen
PVSt, DPAG
Entgelt bezahlt

Herausgeber: Hessische Staatskanzlei, Wiesbaden
Verlag: A. Bernecker Verlag GmbH,
Unter dem Schöneberg 1, 34212 Melsungen,
Telefon (0 56 61) 7 31-0, Fax (0 56 61) 73 14 00
ISDN: (0 56 61) 73 13 61, Internet: www.bernecker.de

Druck: Bernecker MediaWare AG
Unter dem Schöneberg 1, 34212 Melsungen,
Telefon (0 56 61) 7 31-0, Fax (0 56 61) 73 12 89

Vertrieb und Abonnementverwaltung:
A. Bernecker Verlag GmbH, Unter dem Schöneberg 1,
34212 Melsungen, Tel.: (0 56 61) 7 31-4 65, Fax: (0 56 61) 7 31-4 00
E-Mail: aboverwaltung@bernecker.de

Bezugsbedingungen: Laufender Bezug nur im Verlagsabonnement. Bezugszeit ist das Kalenderjahr. Abbestellungen zum 31. Dezember müssen spätestens am 15. November schriftlich beim Verlag vorliegen. Fälle höherer Gewalt, Streik, Aussperrung und dergleichen entbinden den Verlag von der Verpflichtung auf Erfüllung von Aufträgen und Schadensersatzleistungen.

Bezugspreis: Der jährliche Bezugspreis beträgt 62 EUR einschl. MwSt. und Versand. Einzelausgaben kosten bis zu einem Umfang von 16 Seiten EUR 3,83. Bei stärkeren Ausgaben erhöht sich der Preis um 3,06 EUR je zusätzlich angefangener 16 Seiten. Die Preise verstehen sich inkl. MwSt. und zzgl. Porto und Verpackung.